



Fraktion *Jemgum 21*
im Gemeinderat Jemgum

Jemgum, 02.03.2023

Antrag an den Ausschuss für Finanzen,

Wirtschaftsförderung, Tourismus, Digitales und Personal

zur Sitzung am 09.03.2023

TOP: Haushalt 2023

Vorbemerkung: Ein Haushaltsplan, der ein Minus von 2,5 Millionen Euro (Jahresergebnis, ohne Investitionen) enthält, ist aus unserer Sicht nicht zustimmungsfähig. Zur Reduzierung des negativen Ergebnisses müssen zumindest Ansätze eines sparsamen Umgangs mit den knappen finanziellen Ressourcen der Gemeinde deutlich werden. Nach Durchsicht der am 2.3.2023 veröffentlichten Vorlagen für den Finanzausschuss unterbreiten wir heute einen ersten Vorschlag zu den Sach- und Dienstleistungen. Auch im Bereich Personalkosten sehen wir noch Potenzial für Einsparungen. Bevor wir hierzu einen konkret bezifferten Antrag vorlegen, warten wir noch die Antworten auf eine diesbezügliche schriftliche Anfrage an die Verwaltung ab.

Beschlussvorschläge

1. Der Ausschuss beschließt, den Ansatz Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushalt 2023 auf 1.600.000 Euro festzusetzen.

Begründung: Im Bereich Sach- und Dienstleistungen werden im Entwurf der Verwaltung insgesamt 2,124 Mio. Euro veranschlagt; rund 850.000 Euro mehr als im Jahr 2022. Im vergangenen Jahr hatte der Rat beschlossen, die Sach- und Dienstleistungen auf dem Ansatz von 1.267.300,00 Euro festzulegen. Die von der Verwaltung genannten Gründe rechtfertigen zum einen eine Aufstockung des alten Ansatzes um 200.000 Euro für gestiegene Energiekosten. Die im Haushaltsentwurf der Verwaltung angesetzten Mehrkosten in Höhe von 264.000 Euro halten wir für deutlich zu hoch (Strompreisbremse, Einsparungen). Zum anderen ist ebenfalls eine Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen aufgrund der Inflation zu rechtfertigen; Größenordnung etwa 10 Prozent. In der Summe ergibt sich damit eine Erhöhung des Ansatzes 2022 auf die im Beschlussvorschlag genannte Summe von 1,6 Mio. Euro, jedoch eine Kürzung gegenüber dem Haushaltsentwurf der Verwaltung um etwa 524.000 Euro.

2. Der Ausschuss beschließt, die Steigerung der Personalaufwendungen auf Euro zu begrenzen.

Begründung: Der Ansatz für den Haushalt 2023 sieht eine erhebliche Steigerung der Personalaufwendungen vor: um ca. 528.000 Euro ggü. dem Ansatz 2022 und sogar um knapp 800.000 Euro ggü. dem Ergebnis 2021. Diese Steigerungen der Personalaufwendungen sind in diesem Umfang nicht begründet worden und daher nicht zustimmungsfähig. Eine genaue Bezifferung der Obergrenze kann unsere Fraktion vorlegen, sobald unsere schriftliche Anfrage zu dieser Thematik vom 27.02.2023 beantwortet wurde.